

A photograph of two young women laughing joyfully. The woman on the left has dark hair and is wearing a black top and large earrings. The woman on the right has long brown hair and is wearing a floral top. They are sitting on a red couch against a light blue wall. The image is partially overlaid with red text boxes.

Die Linke

**International,
solidarisch
und bereit für
eine bessere Zukunft**

Das Linke Programm
für die Städte und Gemeinden
der Städteregion Aachen 2025 - 2030

Einleitung

International, solidarisch und bereit für eine bessere Zukunft – so möchten wir hier im Dreiländereck leben. Gemeinsam mit euch und Ihnen wollen wir unsere Region zu einem Ort weiterentwickeln, an dem wir alle gut leben können. Wir wollen gemeinsam die besten Lösungen für unsere Probleme finden und alles Notwendige tun, um auf die Herausforderungen des Klimawandels vorbereitet zu sein und auch morgen noch eine gute und intakte Umwelt vorzufinden.

Ob Aachen, Baesweiler oder Monschau – wir wollen lebendige Städte und Gemeinden, in denen sich alle gerne aufhalten. In denen es nicht nur um Konsum, Verkehr und Parkplatzsuche geht. In denen auch die Jüngsten und die Ältesten auf den Straßen sicher sind. Städte und Gemeinden, in denen jede*r eine bezahlbare und angemessene Wohnung findet. In denen man gut, günstig und zuverlässig mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Kita, zur Schule und zur Arbeit kommt. Oder ebenso gut mit dem Fahrrad.

Wir wollen in diesen schwierigen Zeiten gesellschaftliche Fortschritte verteidigen und unser solidarisches Zusammenleben schützen. Niemand soll Angst haben müssen, wegen seines Aus-

sehens, der Herkunft, seiner geschlechtlichen Identität, sexuellen Orientierung oder seiner körperlichen Verfassung ausgegrenzt oder gar angegriffen zu werden.

In diesem Programm zeigen wir, wie wir als demokratische Sozialist*innen Dinge anders machen möchten: solidarischer, gerechter, ökologischer – damit es uns allen besser geht in Aachen, Alsdorf, Baesweiler, Eschweiler, Herzogenrath, Monschau, Roetgen, Simmerath, Stolberg und Würselen. Dazu brauchen wir eine starke Linke in den Stadt- und Gemeinderäten, im Städteregionstag und in den Aachener Bezirksvertretungen. **Deine und Ihre Stimme am 14. September kann dazu beitragen.**

Direkt weiter zu

- [Gesundheit und Soziales](#)
- [Teilhabe, Inklusion, Integration](#)
- [Zusammenleben und Wohnen](#)
- [Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr](#)
- [Finanzen, Verwaltung, Digitalisierung](#)
- [Bildung, Kultur, Hochschulen](#)

Kommune muss sich kümmern

Armut bekämpfen – Lebensstandard sichern

Armut ist kein individuelles Versagen, sondern ein strukturelles Problem, das auf kommunaler Ebene entschlossen bekämpft werden muss. Wir setzen uns für eine kommunale Tariftreuepflicht ein: Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen mit Tarifbindung vergeben werden.

In allen Stadtteilen müssen gezielte Maßnahmen gegen Armut ergriffen werden – insbesondere dort, wo soziale Ausgrenzung am stärksten spürbar ist. Wir fordern Quartiersfonds für benachteiligte Viertel, mit denen soziale Projekte wie Nachbarschaftstreffen, Mittagstische oder Lernhilfen unkompliziert gefördert werden können.

Öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen – Für alle statt für Profite

Wir stehen für den Erhalt und den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der städtische Wohnungsbau muss massiv ausgebaut und barrierefrei gestaltet werden. Gleichzeitig wollen wir

mit den kommunalen Energiegesellschaften faire Energiepreise sichern und Stromsperren durch Härtefallfonds verhindern.

Auch digitale Teilhabe gehört heute zur öffentlichen Grundversorgung. Wir möchten Internetanschlüsse und den Zugang zu digitalen Endgeräten mit einem kommunalen Förderprogramm unterstützen, insbesondere für einkommensschwache Haushalte. Öffentliche Terminals und Beratungsteams sollen den Zugang zu digitalen Angeboten erleichtern.



Gesundheit ist ein Menschenrecht – und keine Ware

4 Gesundheit darf nicht vom Geldbeutel oder Wohnort abhängen. Auch Menschen ohne Krankenversicherung muss der Zugang zu medizinischer Versorgung ermöglicht werden. Die kommunale Suchthilfe und -prävention muss gestärkt und durch einen Drogenkonsumraum ergänzt werden.

Besondere Aufmerksamkeit gilt der psychischen Gesundheit: Wir fordern einen Krisennotdienst, der rund um die Uhr erreichbar ist, sowie kostenlose und sofort verfügbare psychologische Beratung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Krankenhäuser sollen in



öffentlicher Hand bleiben, denn wir lehnen die Privatisierung des Gesundheitswesens strikt ab.

Pflege, Geburt und Gesundheit – kommunal, menschlich, zugänglich

Die Linke tritt der Ökonomisierung von Schwangerschaft und Geburt entschieden entgegen. Für uns gehören Hebammenleistungen zur Grundversorgung der Bevölkerung. Unsere Region braucht wohnortnahe Geburtsmöglichkeiten. Die Städteregion und die Kommunen müssen sich für den Erhalt und die Finanzierung von Fachberatungsstellen für Fragen zu Schwangerschaft, Schwangerschaftskonflikten und Geburt stark machen. Der Paragraph 218, der Abtreibung illegalisiert, muss endlich abgeschafft werden – dafür setzen wir uns auf der Bundesebene ein. Vor Ort muss ein flächendeckender, niederschwelliger Zugang zu legalen und sicheren Schwangerschaftsabbrüchen gewährleistet sein und von den Kommunen aktiv unterstützt werden, zum Beispiel durch die Förderung von Praxen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen.

Als Pflegeeinrichtungen favorisieren wir wohnortnahe, gemeinschaftliche Pflege-WGs statt großer Heime. Ein Pflege-Notdienst soll pflegende Angehörige bei kurzfristigem Unterstützungsbedarf entlasten. Die Arbeitsbedingungen bei den mobilen Pflegediensten müssen dringend verbessert werden – dazu gehören auch sinnvolle Parkregelungen. Die Pflegeberatung muss ausgebaut und flexible Unterstützungsangebote für Familien im Schichtdienst verbessert werden.

Unsere Städte und Gemeinden sind für alle da

Teilhabe in jedem Lebensalter – gegen Kinder- und Altersarmut

In unseren Kommunen müssen umfassende Konzepte zur strukturellen Bekämpfung von Kinderarmut entwickelt bzw. ausgebaut werden. In allen Kitas und Schulen muss es ein kostenloses hochwertiges und gesundes Mittagessen für alle Kinder und Jugendlichen geben. Mehrgenerationenhäuser, gemeinschaftliches Wohnen und generationenübergreifende Treffpunkte stärken das soziale Miteinander – sie müssen gezielt gefördert werden.

Inklusion radikal umsetzen – Teilhabe für alle sichern

Inklusion ist ein Menschenrecht. Kommunale Aktionspläne zur Stärkung der Inklusion müssen mit verbindlichen Umsetzungsfristen und klaren Verantwortlichkeiten versehen werden. Wir for-



5

dern selbstverwaltete Wohnprojekte und Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung, barrierefreie Kunst-, Kultur- und Sportangebote sowie verpflichtende Schulungen zu Barrierefreiheit, Antidiskriminierung und inklusiver Verwaltung für alle Mitarbeitenden in städtischen Einrichtungen.

Auch Neurodiversität muss als Teil kommunaler Vielfalt anerkannt werden. Eine Sensibilisierungskampagne, die unter anderem Autismus, ADHS und Dyskalkulie thematisiert, soll das gesellschaftliche Verständnis stärken.

→ Siehe auch: [Inklusion im Bildungsbereich](#)

Sexismus und Gewalt bekämpfen

Gewalt ist allgegenwärtig: Jeden zweiten Tag wird in Deutschland eine Frau von ihrem (Ex-)Partner getötet. Wir sagen: Solche Femizide sind keine Einzelfälle, sondern haben System – jede Tote ist eine zu viel!

Das im Auftrag der Städteregion im Jahr 2022 erstellte Gutachten „Analyse von Versorgungsstrukturen für von sexualisierter Gewalt betroffene Frauen und Mädchen in der Städteregion Aachen“ macht deutlich, warum wir eine feministische Kommunalpolitik brauchen. Wir setzen uns für die Umsetzung der darin aufgeführten Handlungsempfehlungen ein. Wir fordern den Ausbau der Angebote für verletzte und marginalisierte Personengruppen sowie den Ausbau der Frauenhausplätze, insbesondere für Frauen in unterschiedlichen Lebenslagen wie Frauen mit älteren Söhnen, mit Haustieren oder mit mehreren Kindern. Wir setzen uns für den Ausbau der Kapazitäten und die kontinuierliche Finanzierung von Frauenhäusern und FLINTA-Häusern ein. In diesen Häusern sollen auch trans* Personen und ihre Kinder Schutz finden. Sie sollen kostenfrei und unabhängig vom Aufenthaltsstatus oder Sozialleistungsanspruch zugänglich sein.

Um die im Gutachten geforderte Überarbeitung und den Ausbau der Webseiten der Fachberatungsstellen, mehr Präventionsarbeit, einen verstärkten Fokus auf (potenzielle) Täter*innen und Bystander sowie den Einbezug der Expertise der Fachkräfte hinsichtlich (sozial-)politischer Entscheidungen zu gewährleisten, fordern wir eine gemeinsame Koordinierungsstelle für die Stadt Aachen und die Städteregion im Sinne der Istanbul-Konvention.

Darüber hinaus fordern wir eine Erhöhung der Stellenanteile der Gleichstellungsbeauftragten sowie eine Budgeterhöhung für ihre Arbeit. B., weitere Fachtagungen anzubieten, den im Gutachten empfohlenen Aktionsplan zu erstellen sowie dessen Umsetzung zu koordinieren und zu evaluieren.

In Stadt und Städteregion setzen wir uns für die Stärkung der Rechte von Sexarbeiter*innen und die langfristige finanzielle Absicherung niedrigschwelliger Beratungs- und Unterstützungsangebote sowie Schutzwohnungen für Aussteigende ein. Wir sind gegen eine Verdrängung der Sexarbeit aus der Aachener Innenstadt, da dies die betroffenen Sexarbeiter*innen weiter gefährdet.

Queeres Leben sichtbar und sicher machen

Unterschiedliche Lebensrealitäten müssen unbedingt geschützt und sichtbar gemacht werden. Diskriminierungssensibilität gehört zu moderner Sozialpolitik.

Mehrfachmarginalisierung (z. B. durch Armut, Alter, Neurodivergenz, Behinderung, Frauenfeindlichkeit, Rassismus, Aufenthaltsstatus) muss dabei in jedem Bereich mitgedacht werden.

Wir setzen uns für den Aufbau weiterer queerer Zentren in der Städteregion auch außerhalb der Stadt Aachen ein, die Beratung, [Bildung, Kultur](#) und Schutzräume bieten. Queere Jugendarbeit, gerade im ländlichen Bereich, muss ausgebaut werden, genauso wie wir endlich spezifische Angebote für ältere queere Menschen brauchen.



In Gewaltschutzkonzepten städtischer Einrichtungen müssen queere Perspektiven berücksichtigt werden. Anlaufstellen für Betroffene queerfeindlicher Gewalt benötigen mehr Sichtbarkeit und Ressourcen.

In der [Stadtplanung](#) müssen queere Bedürfnisse berücksichtigt werden. So braucht es bei geschlechtlich getrennten Räumen neutrale Optionen, beispielsweise bei Toiletten und Umkleiden, sowie angemessene Wohnformen für betreute Menschen (beispielsweise in ambulanten und stationären Wohneinrichtungen).

Nicht nur Verwaltungsmitarbeitende müssen zu queeren Lebensrealitäten geschult werden. Auch medizinisches, therapeutisches, pflegendes und sozialpädagogisches Personal braucht Fortbildungen für eine queersensible Versorgung. Eine sichere

Umgebung in der (insbesondere trans* und inter*) Gesundheitsversorgung ist unabdingbar.

Wir fordern queere Stadtbeauftragte sowie die langfristige finanzielle Absicherung queerer Arbeit und Projekte, beispielsweise des CSDs.

Integration, Teilhabe und internationale Solidarität – lokal verwurzelt, global verbunden

Stärkung migrantischer Selbstorganisationen und Gruppen

Wir unterstützen ausdrücklich die Arbeit migrantischer Vereine, Gruppen und Initiativen in Aachen. Sie leisten unverzichtbare Beiträge zur sozialen, kulturellen und politischen Vielfalt unserer Stadt. Die Linke Aachen setzt sich dafür ein, dass diese Gruppen strukturell und finanziell gefördert werden – und zwar nicht nur projektbezogen, sondern langfristig und verlässlich.

Demokratische Teilhabe durch den Integrationsrat stärken

Die Integrationsräte sind die wichtigsten kommunalen Gremien für die politische Mitbestimmung von Menschen mit Migrationsgeschichte. Sie sollten gestärkt werden – strukturell, institutionell und finanziell. Das bedeutet unter anderem verbindliche Anhörungsrechte, eigene Antragsmöglichkeiten und

die angemessene Beteiligung bei allen migrations- und antidiskriminierungspolitisch relevanten Entscheidungen in den Räten.

Antirassismus und Bleiberecht auf kommunaler Ebene

8 Die Stadt muss aktiv gegen institutionellen Rassismus vorgehen, beispielsweise durch anonyme Bewerbungsverfahren, die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und verbindliche Antirassismus-Trainings. Zudem fordern wir eine klare Positionierung der Stadt für das Bleiberecht statt Abschiebung, insbesondere für Menschen aus Kriegs- und Krisenregionen.

Wir stellen uns entschieden gegen jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, sei es Antisemitismus,



antimuslimischer Rassismus oder jede andere Form von Rassismus. In unserer Stadt darf es keinen Platz für Hetze, Ausgrenzung oder Gewalt gegen Menschen aufgrund ihrer Religion, ihres Aussehens, ihrer Herkunft oder Identität geben. Wir erwarten von Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft eine klare Haltung und konsequentes Handeln gegen jede Form von Diskriminierung.

→ Siehe auch: [Antifaschismus](#)

Sicherer Hafen sein

Die Stadt Aachen hat sich bereits 2021 auf Antrag unserer damaligen Ratsfrau Ulla Epstein zum Sicherem Hafen erklärt und ist damit auch einer langjährigen Forderung der Aachener Seebrücke nachgekommen. Dies ist ein wichtiges Signal für eine weltoffene und solidarische Haltung in diesen Zeiten, dem sich die gesamte Städteregion anschließen sollte. Zudem müssen endlich konkrete Maßnahmen folgen: Als „Sicherer Hafen“ verpflichtet sich eine Stadt unter anderem zur aktiven Unterstützung der Seenotrettung und von Aufnahmeprogrammen, zur öffentlichen Positionierung gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer und zu deren aktiver Unterstützung. Zudem erklärt sie die Bereitschaft, die zugesagte Quote für die Aufnahme weiterer Geflüchteter zu erhöhen und dem kommunalen Bündnis der „Städte Sicherer Häfen“ beizutreten. Geflüchtete Menschen, die zu uns kommen, sollen möglichst nicht in großen Massenunterkünften leben müssen, sondern dezentral wohnen und gut integriert in der Mitte der Gesellschaft ein neues Leben aufbauen können.

Internationale Solidarität – auch lokal eine Pflicht

Wir stehen solidarisch an der Seite der unterdrückten Völker, beispielsweise in Kurdistan, wo kurdische Selbstverwaltung und demokratische Bewegungen unterdrückt werden, oder in Palästina, wo Menschen unter Besatzung, Vertreibung und Blockade leiden. Unsere Region bezieht ihre Identität aus der Lage im Dreiländereck. Wir wollen, dass sie sich deshalb als besonders weltoffen versteht und zu solchen Vorgängen nicht schweigt.

- Wir fordern Städtepartnerschaften auch mit progressiven Kommunen im „Globalen Süden“.
- Veranstaltungen, Gedenktage und Bildungsarbeit zu diesen Themen sollen aktiv unterstützt werden.
- Die Sichtbarkeit und politische Beteiligung migrantischer Communities muss aktiv unterstützt werden – insbesondere dort, wo sie von struktureller Marginalisierung, politischer Stigmatisierung oder Repression betroffen sind.

Lokale Bedeutung internationaler Themen

Internationale Unterdrückung betrifft uns auch lokal: Viele Menschen aus Kurdistan, Palästina, Syrien, Afghanistan und vielen anderen Ländern dieser Welt leben gemeinsam in der Städteregion Aachen. Ihre Sicherheit, Teilhabe und Würde hängen direkt von der Haltung und dem Handeln der Kommune ab. Internationale Solidarität heißt deshalb auch:

- Schutz vor Verfolgung und Abschiebung,
- Räume für politische und kulturelle Selbstbestimmung,

- Sichtbarkeit ihrer Geschichten und Perspektiven im öffentlichen Raum.

Wir setzen uns für eine kommunale und regionale Politik ein, die klar sagt: Niemand ist illegal, Integration ist keine Bringschuld, sondern ein gegenseitiger Prozess – getragen von Gerechtigkeit, Anerkennung und Gleichberechtigung.

Unser Grenzland als Friedensregion

Wir lehnen militaristische Werbung im öffentlichen Raum ab. Insbesondere dort, wo sich regelmäßig Kinder und Jugendliche aufhalten – etwa in Bussen und Bahnen – widerspricht Werbung für das Militär unserer Meinung nach dem Friedensziel in der



Präambel der Landesverfassung und dem Gebot der Friedenserziehung in Artikel 7. Der Rüstungslobby sollte deshalb kein Zugang zu Schulen gewährt werden, wie es 2024 in Aachen geschehen ist.

Öffentlich geförderte Projekte, wie beispielsweise der Forschungsflugplatz Merzbrück, dürfen ausschließlich friedlichen Zwecken dienen. Unsere Region liegt im Dreieck der drei mitteleuropäischen Atomwaffenstützpunkte Kleine Brogel (Belgien), Volkel (Niederlande) und Büchel (Deutschland). Deshalb sollten sich nach Aachen, Herzogenrath, Würselen und der Städteregion auch die übrigen Kommunen der Bewegung „Majors for Peace“ anschließen, die ein Verbot aller Atomwaffen fordert.



Antifaschismus

Linke Kommunalpolitik setzt sich dafür ein, rechten Organisationen den Nährboden zu entziehen. Viele Menschen fühlen sich abgehängt oder haben Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg. Rechte Parteien und Organisationen geben sich als „Anwalt der kleinen Leute“ aus. Rechtsextreme versuchen sich als „Beschützer der Deutschen“ insbesondere der „deutschen Frauen“ im öffentlichen Raum zu etablieren. Sie greifen bestehende Ressentiments und antieuropäische Stimmungen auf, um einem rassistischen und aggressiven Nationalismus den Weg zu bahnen. Die Linke unterstützt den antifaschistischen Widerstand.

Die rechte Szene ist eine alltägliche Bedrohung für zahlreiche Menschen in den Kommunen. Es brennen geplante oder bereits bewohnte Geflüchtetenunterkünfte. Geflüchtete, Migrant*innen, Angehörige der LGBTQIA+-Community, Antifaschist*innen, Gewerkschafter*innen und viele andere, die nicht in ein autoritäres rechtes Weltbild passen, werden verbal und körperlich attackiert. Eine der zentralen politischen Aufgaben einer sozialistischen Partei ist die Bekämpfung rechtsextremer und rechtsterroristischer Gruppierungen, Parteien und Netzwerke. Sie verbreiten Furcht und Gewalt und behindern emanzipatorische gesellschaftliche Entwicklungen.

Die Verbrechen des Faschismus in Erinnerung zu rufen, ist ein wichtiger Beitrag für den Kampf gegen Rechts in der heutigen Zeit. Da die Zeitzeugen immer weniger werden, sind Orte des Erinnerns und kulturelle Beiträge der Erinnerungskultur in den Kommunen zu organisieren.

Zuhause ist, wo wir zusammen leben

Soziale Infrastruktur ausbauen – vor Ort, offen und zugänglich

Die soziale Infrastruktur muss deutlich gestärkt werden. Stadtteilzentren und Begegnungsorte für Jung und Alt müssen ausgebaut, die Sozialarbeit aufgestockt und die Bürger*innenberatung vor Ort und online erweitert werden. Auch in Krisenzeiten braucht es verlässliche Informationen und Hilfe in möglichst vielen Sprachen.



Wohnen ist Menschenrecht

Das Menschenrecht auf angemessenes Wohnen ist sowohl in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ als auch im UN-Sozialpakt verankert. Dies sind keine unverbindlichen Absichtserklärungen. Sie garantieren allen Menschen Rechte, die kein Staat gefährden darf bzw. deren Einhaltung ein Staat sicherstellen muss.

11

Wohnen für Alle: sozial, bezahlbar, öffentlich

Während immer mehr Menschen von ihrer Arbeit schlecht oder gar nicht mehr leben können, steigen vielerorts die Mieten und überall die Nebenkosten. In Aachen, aber auch in immer mehr Kommunen des Altkreises, ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum für viele Menschen zu einer existenziellen Frage geworden. Große Teile der Innenstadt werden von privaten Investor:innen für Besserverdienende bewirtschaftet. Gleichzeitig fallen immer mehr preiswerte Wohnungen, die einst mit Steuergeldern gebaut wurden, aus der Sozialbindung. Menschen mit wenig Geld werden im wahrsten Sinne des Wortes an den Rand verdrängt. Bodenspekulation ist einer der wesentlichen Kostentreiber bei den Mieten!

Die Stadt muss das städtische Vorkaufsrecht konsequent nutzen, um wieder an mehr Baugrundstücke für den preisgebundenen Wohnungsbau gelangen und entschieden gegen Leerstand und brachliegende Baugrundstücke vorgehen.

Die Linke sieht die Städte aber auch in der Pflicht, wieder selbst zu bauen und ihren Wohnungsbestand kontinuierlich zu erhöhen. Wohnungen im kommunalen Eigentum sind ein wesentliches Gegengewicht zum privaten, gewinnorientierten Wohnungsmarkt.

- Barrierefreies Wohnen muss für alle Gruppen selbstverständlich und bezahlbar sein.
- Ausbau von Studierendenwohnheimen muss vorangetrieben werden, damit Studierende nicht in überpreisigen WG's landen oder in Notunterkünften gedrängt werden.



Niemand darf ohne eine Wohnung sein

Obdachlosigkeit ist ein politisch lösbares Problem. Mit dem Housing-First-Ansatz gibt es ein erprobtes Modell, das nicht auf Notschlafstellen, sondern auf dauerhafte Wohnungen mit begleitender, freiwilliger Unterstützung setzt. Wir brauchen deutlich mehr Wohnungen als die wenigen, die aktuell zur Verfügung stehen. Unabhängig davon muss aktuell auch eine ausreichende Infrastruktur an Notschlafstellen bereitgestellt werden. Wir fordern deshalb, dass so bald wie möglich wieder eine Notschlafstelle für Minderjährige eingerichtet wird.

Regionale Stadtentwicklung – kooperativ statt konkurrierend

Stadtentwicklung endet nicht an der Stadtgrenze. Unsere Städte Aachen, Alsdorf, Baesweiler, Eschweiler, Herzogenrath, Monschau, Stolberg und Würselen sowie die Gemeinden Roetgen und Simmerath brauchen eine solidarische Region.

- Kooperation mit der Städteregion Aachen und dem Umland statt Standortwettbewerb
- Integrierte ländliche Entwicklung: Mobilität, Nahversorgung, digitale Anbindung sichern
- Stärkung regionaler Verbünde statt Verdrängung auf dem Wohnungsmarkt

Moderne Stadtentwicklung und öffentlicher Raum

Aufwertung des öffentlichen Raums: Öffentliche Plätze und Bürgerzonen sollen alles bieten, was das Leben lebens- und liebenswert macht:

- Dritte Orte: Neben vielfältigen Angeboten für Kinder (wie Spielplätze) brauchen wir Jugendkulturzentren, offene Bürger*innenzentren, Bibliotheken und Volkshochschulen.
- Flexible Aufenthaltsorte: Statt defensive Architektur zu installieren – also z. B. Sitzbänke mit sperrenden Armlehnen, schmalen Stufen oder abgegrenzten Flächen – fordern wir öffentlich zugängliche, barrierefreie und ansprechende Aufenthaltsräume, in denen sich alle Menschen willkommen fühlen.
- Urbanes Grün und Infrastruktur: Mehr Bäume, Trinkwasserspender, Sitzmöglichkeiten und Begegnungszonen in Parks und auf Bürgersteigen tragen dazu bei, sowohl die Luftqualität zu verbessern als auch Abkühlungszonen zu schaffen.
- Wasser zurück in die Orte: Wir fordern die Freilegung von Bachläufen. Aktive Brunnen sollen erhalten werden und stillgelegte Brunnen reaktiviert werden

Kultur und Demokratie vor Verdrängung schützen: Leerstände, beispielsweise auf Einzelhandelsflächen, sollen nicht dem unsubventioniertem Markt, sondern kulturellen und bürgerschaftlichen Aktivitäten zugutekommen – hierdurch sollen aus bislang ungenutzten Arealen attraktive Kultur- und Bürgerzentren entstehen.



Jedes Viertel braucht einen zentralen Treffpunkt, an dem die Bürger*innen zusammenkommen und Demokratie aktiv gelebt wird. So wird nicht nur der städtebauliche Raum aufgewertet, sondern auch das Zusammenleben und die demokratische Teilhabe gestärkt.

Sport für die breite Masse

Sport ist wichtig für die Gesellschaft. Er bringt Menschen zusammen und fördert Gesundheit, Kommunikation und Integration. Wir wollen Angebote für alle: für Kinder, für Schüler*innen, für Erwachsene und für Senioren. Viele Menschen sind Mitglied in einem Sportverein oder betätigen sich sportlich. Insbesondere der Vereinssport ist ein wichtiger Bestandteil des sozialen Lebens.

Die Kommunen müssen geeignete Sportstätten bereitstellen. Diese sollen inklusiv und geschlechtergerecht gestaltet sein. Sporthallen und Sportplätze müssen wohnortnah und flächen-deckend vorhanden sein. Wir fordern für alle Städte und Gemeinden der Städteregion Aachen erreichbare Schwimmbäder und ausreichend Schwimmkurse, um allen Kindern das Schwimmen zu ermöglichen. Diese Angebote für den Breitensport erscheinen uns wichtiger als Großprojekte wie eine Olympiabewerbung.

Innenstädte neu denken – Vielfalt statt Einheitsbrei

Innenstädte leben von Vielfalt der Menschen und der Ideen: Alt steht neben Neu, Ladenlokale neben Cafés und Begegnungsstätten neben Shopping-Centern. Wir wollen, dass kleine unabhängige Läden gestärkt werden. Wir brauchen weniger Einheitsbrei von Großkonzernen und mehr Individualität in unseren Innenstädten. Das Kaufverhalten der Menschen hat sich gewandelt und der Onlinehandel wird in absehbarer Zeit nicht mehr verschwinden. Der Rückzug des stationären Handels bietet

aber auch Chancen, neu darüber nachzudenken, wie wir unsere Innenstädte nutzen. Wir wollen Zentren, in denen Kommerzinteressen in den Hintergrund treten und die ein Ort voller Leben sind, an dem man sich gerne aufhält.



Kommune gestaltet Zukunft

Wandel als Chance

Wie viele andere Regionen steht auch unsere vor großen Herausforderungen. Neoliberale Politik und wirtschaftlicher Strukturwandel haben ihre Spuren hinterlassen. Kommunen müssen immer größere Anstrengungen unternehmen, um bestehende Betriebe zu halten und investitionswillige Unternehmen an ihren jeweiligen Standort zu binden. Von dem Erfolg dieser Anstrengungen hängen Arbeitsplätze und Gewerbesteuer, somit auch Einnahmen für die Kommunalkassen, ab.

Wir wollen, dass der Strukturwandel nicht als Verwaltungs- und Elitenvorgang, sondern als Beteiligungsprozess angelegt, geplant und durchgeführt wird. Die lokal betroffene Bevölkerung, Gewerkschaften und NGOs müssen ein wirksames Mitspracherecht erhalten.

Der Strukturwandel vor Ort kann nur gemeinsam, nicht gegeneinander gelingen. Wir fordern deshalb einen städteregionalen Mindestgewerbesteuersatz als Ergänzung zum Gewerbeflächenpool, um überflüssige Standortkonkurrenz zu verhindern.

Gewerbeansiedlungen müssen zukunftsgerecht sein

Unternehmen, die sich auf öffentlichen oder ehemals öffentlichen Gewerbegrundstücken ansiedeln, müssten zur Zahlung von Tariflöhnen verpflichtet werden und ein Konzept vorlegen, wie der Eingriff in die Natur möglichst gering gehalten werden kann. Gewerbegebiete sollen keine Betonwüsten voller versiegelter Flächen sein. In Zeiten des Klimanotstandes müssen die Städte beim Bau mit gutem Beispiel vorangehen. Sanierung muss vor Abriss und Neubau stehen. Bauten müssen den höchsten energetischen Standards genügen und eine Klimaresilienz durch Fassadenbegrünung und Klimatisierung aufweisen. Vorrang sollte immer die Nutzung vorhandener Flächen und Gebäude haben.



Klimagerecht. Sozial. Vor Ort.

Klima, Umwelt und Mobilität für eine lebenswerte Stadt

Wir stehen vor großen Herausforderungen: Die Klimakrise ist längst in unserem Alltag angekommen – Hitzesommer, Starkregen, zerstörte Böden und Artensterben sind Realität. Gleichzeitig erleben viele Menschen soziale Unsicherheit durch steigende Energiepreise und mangelhafte Verkehrsanbindungen. Deshalb brauchen wir eine Politik, die Umwelt- und Klimaschutz mit sozialer Gerechtigkeit verbindet – konsequent, lokal und demokratisch.

Wir wollen Städte und Gemeinden, in der sich Kinder sicher bewegen, ältere Menschen auf einer Bank ausruhen können, die Luft sauber ist und niemand Angst haben muss, sich Energie oder Mobilität nicht leisten zu können. Der Klimawandel ist global – aber seine Lösungen beginnen vor Ort. Lasst uns in unserer



Region zeigen, wie eine gerechte und ökologische Zukunft aussieht.

Aufgrund des Klimanotstandes steht nun auch die Organisation des Verkehrs auf dem Prüfstand. Während der Bus- und Bahnverkehr an Attraktivität gewinnen muss, zeigt sich gerade der Aachener Bushof als einer der unattraktivsten Plätze der Stadt – doch mit dem neuen „Haus der Neugier“ eröffnen sich Chancen, diesen Platz und sein Umfeld grundlegend umzudenken.

Die Linke steht für eine solidarische Umweltpolitik und eine echte Verkehrswende – mit sauberer Luft, bezahlbarer Energie, sicheren Radwegen, mehr Grün und Mobilität für alle. Ein wichtiger Baustein ist die Regiotram, denn sinnvolle Elektromobilität basiert auf einem funktionierenden Stadtbahnnetz – das bloße Ersetzen von Diesel und Benzinern durch E-Autos löst keine Verkehrsprobleme.

Menschengerechte Mobilität

Busverkehr verbessern

Die Verbesserung des Busverkehrs ist eine Grundvoraussetzung für die soziale und ökologische Verkehrswende in unserer Region. Wir brauchen weitere Busspuren, damit der öffentliche Verkehr nicht durch die Autos der Einzelnen zum Erliegen kommt. Wir lehnen es aber ab, dass Radwege dafür verkleinert werden, wie in einem Gutachten für die Monschauer Straße in Aachen vorgeschlagen wurde. Kombinierte Rad-/Busspuren sollen vermieden werden, damit Fahrräder (und E-Roller) die Busse nicht ausbremsen und Busse keine Radfahrer*innen gefährden.

Klimaanpassung betrifft auch den Busverkehr. Die Busse im Aachener Verkehrsverbund müssen zunehmend mit Klimaanlagen ausgestattet werden, damit sie auch an extremen Hitzetagen noch nutzbar sind.

Gut ausgestattete Schnellbusse sind ein Erfolgsmodell, wie die SB66 nach Monschau eindrucksvoll beweist. Die Anzahl der Fahrten muss jedoch deutlich erhöht werden, wie es auch Gutachten empfehlen. Auch die SB63, der Schnellbus über Burtscheid nach Simmerath und bis in unseren Nationalpark, muss endlich mit ähnlich guten Bussen betrieben werden. Diese müssen in ausreichender Zahl vorhanden sein, damit auf den Langstrecken Verlässlichkeit auch bei den Qualitätsstandards erreicht wird.

Wir wollen Busse in öffentlicher Hand. Wenn Privatunternehmen einbezogen werden müssen, dürfen diese nicht die Qualitäts- und Tarifstandards der öffentlichen Unternehmen unterbieten.

Der Aachener Bushof, einer der derzeit unattraktivsten Plätze der Stadt, soll zusammen mit seinem Umfeld neu gestaltet werden – als zentraler Umsteigeknoten im städtischen Verkehrssystem und als ein Ort, der Bürger*innenpartizipation ermöglicht.

Die Regiotram schon jetzt weiterdenken

Wir unterstützen den zügigen Bau der Regiotram, die als moderne Stadtbahn von Baesweiler über Alsdorf und Würselen bis zum Aachener Hauptbahnhof führen wird. Weil die Planungsverfahren und der Bau zehn Jahre und länger dauern, muss bereits jetzt mit der Planung weiterer Linien begonnen und ein zuverlässiges Stadtbahnnetz entwickelt werden.

Außer dem von den anderen Parteien gewünschten Regiotram-Ast nach Osten zum Forschungsflugplatz Merzbrück schlagen wir eine Verbindung nach Westen in Richtung Herzogenrath und Kerkrade vor. Für Baesweiler böte die vom Kreis Heinsberg gewünschte Verlängerung der Regiotram nach Übach-Palenberg einen guten Anschluss an das Bahnnetz.

Aachen braucht dringend eine Stadtbahn auf der Achse Vaals – Innenstadt – Forst – Brand, denn mit Bussen lässt sich das Angebot auf dieser überlasteten Hauptstrecke nicht weiter steigern. Auch eine Verlängerung der ersten Linie über Burtscheid bis zum Oberforstbacher Gewerbegebiet wurde kürzlich in einem Gutachten empfohlen.

Euregiobahn und Schienennetz ausbauen

Die Industrie- und Handelskammer (IHK) warnt vor einer noch stärkeren Überlastung des Schienennetzes in unserer Region,

unter anderem, weil künftig mehr Güterverkehr aus Rotterdam und Antwerpen auf der Schiene Richtung NRW transportiert werden soll. Der Bau des dritten Gleises zwischen Aachen und Düren ist besonders wichtig, damit der Güter- und Personenverkehr zwischen Aachen und Köln nicht zusammenbricht.

18

Die Euregiobahn soll endlich von Breinig über Walheim nach Raeren und Eupen verlängert werden. Wir unterstützen die Idee von Go.Rheinland, dass in Walheim dann ein „Schienanschluss Nordeifel“ für den Umstieg aus dem Schnellbus in die Euregiobahn entstehen soll. In Eupen besteht dann eine attraktive Umsteigemöglichkeit Richtung Lüttich, Brüssel und Paris sowie in Stolberg Richtung Köln.

Da in den letzten Jahren in vielen Orten Wohnungsbau sehr nah an der über Jahrzehnte unbefahrenen Vennbahntrasse stattgefunden hat, kommt sie für schweren Güterverkehr unserer Meinung nach nicht infrage. Bevor womöglich ein Anspruch für Schienengüterverkehrsunternehmen besteht, diese Trasse zu nutzen, müssen die Anlieger*innen dringend in die Planungen einbezogen werden.

Sichere und gute Radwege

Beim Fahrradverkehr sind in der Region einige Fortschritte erreicht worden, doch es liegt noch ein weiter Weg vor uns. In Aachen hat es seit dem Ratsbeschluss, die Forderungen der Initiative Radentscheid umzusetzen, viele Verbesserungen gegeben – auch dank des Drucks der Linken. Und doch ist nur ein Bruchteil der versprochenen Maßnahmen bislang umgesetzt.

Zu viele Straßen in unserer Region sind noch immer noch fast ausschließlich auf den Autoverkehr ausgerichtet.

Die meisten Radvorrangrouten sind fragmentiert, also nicht durchgehend befahrbar. Es muss höchste Priorität haben, diese Lücken zu schließen, um Radfahren sicherer und attraktiver zu machen.

Fahrradabstellanlagen müssen so gestaltet werden, dass auch Lastenräder sicher und ohne in Fahrbahnen zu ragen abgestellt werden können.

Wo stark genutzte Radwege wie etwa die Vennbahntrasse Nebenstraßen kreuzen, sollte möglichst dem Fahrradverkehr



Vorfahrt gewährt oder ein Abschnitt der Nebenstraße zur Fahrradstraße erklärt werden.

Abhängigkeit vom Auto abbauen

Unser Ziel ist es nicht, Autos zu verbieten. Vielmehr sollen unsere Städte und Gemeinden so gestaltet werden, dass möglichst niemand auf ein eigenes Auto angewiesen ist.

Beispielsweise können Schließfachangebote eine sinnvolle Ergänzung für Nutzer*innen von Fahrrad, Bus und Bahn sein, damit sie Dinge zwischenlagern können, wie es Autofahrende in ihrem Fahrzeug tun.

Die Beseitigung von Staustellen des Autoverkehrs darf nicht auf Kosten umweltfreundlicherer Verkehrsmittel geschehen.

Wo immer möglich, sollte das NRW-Konzept der sogenannten Schulstraßen eingeführt werden, bei dem Straßen vor Schulen vor dem Beginn des Unterrichts und nach Schulschluss zeitweise für den Kraftverkehr gesperrt werden.

Alle Schulen und Kitas sollen sicher und vorrangig mit Bus oder Stadtbahn sowie mit dem Fahrrad erreichbar sein.

Energie- und Wärmewende

Erneuerbarer Energiemix und Solarpflichten

Im Rahmen des Integrierten Klimaschutz-Konzeptes (IKSK) sollen auf allen geeigneten Gebäudedächern Fotovoltaikanlagen installiert werden. Der bisherige Einsatz sowie die Solarpflicht bei

Neubauten greifen oft erst bei großen Dachflächen. Wir fordern daher eine schnellere und umfassendere Umsetzung:

- Private Bauherr*innen sollen durch städtebauliche Verträge zur Errichtung von Fotovoltaikanlagen verpflichtet werden – auch schon bei kleineren, geeigneten Dachflächen.
- Die Kommunen müssen den Ausbau öffentlicher Gebäudedächer mit Fotovoltaik beschleunigen, um den Beitrag zur Energiewende deutlich zu erhöhen.

Unsere Region muss zudem ausreichende Flächen für Windräder und weitere Solaranlagen ausweisen. Dabei darf das geplante sogenannte Einstein-Teleskop bei Maastricht nicht den Ausbau der Windenergie behindern – weder in Bezug auf Kosten noch technologische Entwicklung.

Klimagerechte Wärmewende

Die Stadt braucht eine klimagerechte Wärmewende: Weg von Öl und Gas, hin zu klimaneutraler, bezahlbarer Wärme. Der Ausbau von Wärmenetzen, Wärmepumpen, Geothermie, Abwasserwärmenutzung und Großwärmepumpen muss vorangetrieben werden – vor allem, dort wo konventionelle Wärmenetze nicht sinnvoll erscheinen.

Die Wärmequellen dürfen sich nicht ausschließlich aus Abwärme von Müllverbrennungsanlagen speisen, da dies im Widerspruch der Reduktion von Restmüll steht und wir uns nicht von einzelnen Großanbietern abhängig machen wollen.

Es muss sichergestellt werden, dass Investitionskosten für ein Wärmenetz nicht auf die Mieter*innen umgelegt werden.

Die Linke tritt energisch für einen Strom-Sozialtarif ein, um einkommensschwachen Bürger*innen einen bezahlbaren Zugang zu Energie zu garantieren – ein wichtiger Schritt, um Stromabschaltungen bei Zahlungsrückständen zu verhindern. Ebenso sollen energetische Gebäudesanierungen mit einer Mindestsanierungsrate von sechs Prozent pro Jahr sowie dauerhafte Zuschüsse im Rahmen des IKSK vorangetrieben werden – ohne, dass diese Kosten auf die Miete abgewälzt werden.

Angesichts der geografischen Lage Aachens – zwischen den riskanten Atomkraftwerken Tihange im Westen und den Braunkohle Tagebauen Inden, Garzweiler und Hambach im Norden und Osten – muss mehr erfolgen als leere diplomatische Appelle:



- Wir fordern den sofortigen Stopp des Kohleabbaus sowie der Brennelementexporte aus Lingen und die Schließung der in Gronau produzierenden Urananreicherungsanlage. Für die frei werdenden Beschäftigten der fossilen und atomaren Energiewirtschaft fordern wir adäquate andere Arbeitsplätze mit einer echten Zukunftsperspektive in nachhaltigen Wirtschaftsbereichen.
- Die Städteregion und die Einzelkommunen sollen sich auf Landes- und Bundesebene für die Stilllegung der letzten bedrohlichen belgischen Atomreaktoren (Tihange 3 und Doel 4) einsetzen.

Stadtentwicklung, Planung und Umwelthanpassung

Klimaschutz, Hochwasserschutz und das Schwammstadt-Prinzip

Angesichts extremer Wetterphänomene brauchen wir einen ganzheitlichen Ansatz zur Klimaanpassung. Wir wollen, dass der Hochwasserschutz konsequent mit dem Naturschutz verknüpft wird:

Es sollen natürliche Retentionsflächen erhalten und ausgebaut werden. Das Schwammstadt-Prinzip wird flächendeckend umgesetzt, um extreme Niederschläge effizient zu verwalten, Wasser aufzunehmen und so die Stadt widerstandsfähiger gegenüber den Folgen des Klimawandels zu machen.

Moore und Gewässer sollen renaturiert werden, sodass sie Starkregen besser zurückhalten können.

Urbanes Grün und nachhaltige Stadtentwicklung

Wir wollen, dass 40 % der bebauten Siedlungsflächen unserer Städte und Gemeinden begrünt werden. Nach niederländischem Vorbild sollen die Einwohner*innen dazu eingeladen werden, öffentliche Flächen vorzuschlagen, die entsiegelt werden könnten.

Dazu gehört auch nachhaltige Baumpflege mit größeren Baumscheiben und Neubepflanzungen, sowie verstärkte Fassadenbegrünung.



Um dem Müllproblem im öffentlichen Raum entgegenzuwirken, wollen wir eine Verbrauchssteuer auf Einwegverpackungen einführen. Gleichzeitig sollen Unverpacktläden unterstützt und regionale Initiativen vernetzt werden, um den Umschwung zu einem flächendeckenden, ressourcenschonenden System zu erreichen.

Bürger*innenbeteiligung und transparente Stadtplanung

- Partizipation in allen Prozessen: Bürger*innen, Umweltinitiativen, Wissenschaft und Umweltverbände gehören in alle Planungsprozesse eingebunden – von der Verkehrs- und Bauplanung bis hin zur Umsetzung des integrierten Klimaschutzkonzeptes (IKSK). Vorhandene Maßnahmen sollen transparent kommuniziert und regelmäßig evaluiert werden.
- Soziale Stadtgestaltung: Neben infrastrukturellen Maßnahmen stehen auch die Schaffung konsumfreier, öffentlicher Räume im Fokus. Innovative Konzepte wie Sitzbänke, Tische in Parks und Waldhütten fördern den sozialen Zusammenhalt und bieten Orte für Begegnungen.
- Feministische Stadtplanung: wir möchten Städte so gestalten, dass die Lebensrealitäten und Bedürfnisse aller intersektional berücksichtigt werden, sei es Geschlecht, Alter, Herkunft oder Grad der Behinderung – die Städte denen, die drin leben! Dazu gehören Beleuchtungskonzepte und barrierefreie öffentliche Toiletten ebenso wie eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Stadtentwicklung.

Kommunal Finanzen und -verwaltung

22

Unternehmen in die Pflicht nehmen

Die Krisen der letzten Jahre haben sich vor allem auf Menschen mit geringen und mittleren Einkommen ausgewirkt. Die Inflation und steigende Mieten haben ihre Spuren hinterlassen, während die Löhne kaum gestiegen sind. Große Unternehmen und Besserverdienende konnten ihre Einnahmen steigern, während andere in



ständiger Angst vor drohender Entlassung und Sozialkürzungen leben. Die Linke fordert ein konsequentes Entgegenwirken: Die Stadt soll prüfen, ob Großunternehmen, die Mitarbeiter*innen entlassen, tatsächlich in wirtschaftlicher Not sind. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sollen veröffentlicht werden. Auch die Geschäftsbücher müssen offengelegt werden, damit eine Transparenz für die Öffentlichkeit hergestellt ist. Die Linke kämpft sie für flächendeckende Tarifbindung, damit die Krisen unserer Zeit nicht auf dem Rücken der Arbeiter*innen stattfinden. Erzielte Übergewinne sollten in die Kassen der Kommune fließen, um andere Projekte zu finanzieren.

Altschuldenlösung muss kommen

Die Kommunen leiden seit geraumer Zeit unter einer chronischen Unterfinanzierung. Diese ist in hohem Maße auf die Aufgaben zurückzuführen, die aus Gesetzen von Bund und Land erwachsen. Die Ausgaben für diese Aufgaben übersteigen in vielen Kommunen in NRW inzwischen die zugewiesenen Einnahmen. Das sogenannte Konnexitätsprinzip muss eingehalten werden: Wenn Bund und Länder etwas beschließen, dürfen sie die Kosten dafür nicht den Kommunen überlassen.

Investitionen, beispielsweise in die öffentliche Daseinsvorsorge, können sonst nicht ausreichend finanziert werden. Der Verfall durch Investitionsstau zeigt sich vor allem an Schulen, Sporthallen und Schwimmbädern. Um allen Kommunen eine solide Finanzierung zu ermöglichen, ist auch eine Entschuldungslösung durch das Land erforderlich.

Transparenz und Demokratie statt Zweckverbänden und Lobbyismus

Die Beteiligungs- und Informationsrechte sowohl aller hier lebenden Menschen sollen wesentlich gestärkt werden. Hierzu bedarf es neuer Mitwirkungsmöglichkeiten, einer Verringerung bestehender Hürden bei Wahlrecht und Bürgerbeteiligung, allgemeiner Öffentlichkeit der Sitzungen und Veröffentlichungspflichten bei Beschlussfassungen. Alle Kommunen sollen Einwohner*innenfragen auch in Fachausschüssen anbieten. Die Veröffentlichungspflichten sollen auch auf kommunale Beteiligungen ausgeweitet und die Rechenschaftspflicht gegenüber dem Kommunalparlament erfolgen. Statt unzähliger, teilweise redundanter Zweckverbände bedarf es transparenter und nachvollziehbarer Strukturen, die die Interessen der Bürger*innen zur Geltung bringen.

Durch Mitgliedschaft bei Transparency International sollen die Städte und Gemeinden ein Zeichen für Korruptionsbekämpfung setzen. In den Stadtverwaltungen sollen, um unmittelbare Einflussnahme von Fremdinteressen auf politische Entscheidungen zu vermeiden, der interne Fachverstand der Verwaltungen anstelle von Beratungsfirmen genutzt werden.

Gute Verwaltung braucht gute Arbeitsbedingungen

Nicht nur Die Linke sieht die Gefahr, dass sich der Personalmangel im gesamten öffentlichen Sektor in den nächsten Jahren massiv verstärken wird. Seit 2022 warnen wir davor, dass ein regelrechter Verwaltungsblackout eintreten kann, bei dem wesentliche staatliche Aufgaben nicht mehr zuverlässig sichergestellt sind. Schon jetzt dauern die Wartezeiten für die unterschiedlichsten Anliegen bei den Behörden oft viele Monate. Wenn wichtige Gelder, auf die die Bürgerinnen und Bürger ein Anrecht haben, erst stark verspätet ausgezahlt werden, geraten Menschen mitunter in regelrechte finanzielle Notlagen. All das verstärkt den Eindruck, dass der Staat seine Versprechungen nicht mehr erfüllen könne, und spielt damit Rechtspopulisten in die Hände, die viele staatliche Leistungen und deren Beitrag zum sozialen Ausgleich abschaffen wollen.

Wir brauchen deshalb umfangreiche Programme, um die Personalsituation im öffentlichen Sektor grundsätzlich zu verbessern. Maßnahmen müssen verstärkt werden, mit denen das vorhandene Personal besser gehalten werden kann und neue Beschäftigte für den öffentlichen Dienst gewonnen werden können. Sachfremde Hürden für Quereinsteiger*innen müssen systematisch abgeräumt und unkonventionelle Lebensläufe zugelassen werden. Gerade bei Behörden müssen Arbeitsvorgänge so gestaltet werden, dass sie von den Mitarbeiter*innen als sinnvoll und erfüllend erlebt werden können. Als große Arbeitgeberinnen müssen die Städte und Gemeinden auch Beschäftigungsverhältnisse für Menschen mit geringen Qualifikationen bieten. Auch

Bereiche wie Grünflächenpflege, Hausmeisterei, Gebäude- und Stadtreinigung sollen von den Kommunen selbst übernommen und nicht an externe Firmen mit oftmals fragwürdigen Beschäftigungsbedingungen vergeben werden.

24

Der Lebensunterhalt muss priorisiert werden

Langwierige Verwaltungsprozesse sind besonders dann ein Problem, wenn unmittelbar über den Lebensunterhalt der Bürger*innen entschieden wird. Wer Bürgergeld, Elterngeld oder Wohngeld beantragt, hat meistens kein Polster, um Zahlungsausfälle zu überbrücken. Beispielsweise bei Folgeanträgen sollten Prozesse vereinfacht und Wartezeiten verkürzt werden. Existenzsichernde Leistungen sollten im Zweifelsfall zügig unter Vorbehalt ausgezahlt und im Nachgang stichprobenartig überprüft werden, wenn eine zeitnahe Bearbeitung der Ansprüche nicht möglich ist.

Eine digitale Stadt für alle

Einen Beitrag zur Vereinfachung und Beschleunigung von Verwaltungsprozessen kann die Digitalisierung leisten, wenn komplizierte Verfahren, Wege und Wartezeiten entfallen. Dies bietet zudem die Chance, bundesweite Initiativen für eine weitere Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich zu unterstützen. Die vorhandene Arbeit könnte auf mehr Schultern verteilt und weitere Arbeitsplätze geschaffen werden.

Leicht zugängliche, barrierefreie und vielsprachige Angebote müssen unter hohen Datenschutzstandards deutlich ausgebaut werden. Menschen ohne Zugang zu digitalen Technologien dürfen jedoch nicht von den öffentlichen Dienstleistungen der Kommunen ausgeschlossen werden. Dazu Bedarf weiterhin analoger Alternativen und persönlicher Ansprechpartner*innen.

Alle Bürger*innen müssen konsequent in einen demokratisch organisierten Digitalprozess eingebunden werden. Zu diesem Zweck müssen attraktive Erwachsenenbildungsangebote zum Umgang mit digitalen Technologien geschaffen werden.

Eine Stadt ist kein Konzern

Unsere Städte und Gemeinden und ihre Betriebe haben allein dem Allgemeinwohl zu dienen und keinen Profitinteressen. Wir wollen, dass alle Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge auch in öffentlicher Hand sind, ob Gas, Strom, Wasser, Abfallentsorgung oder ÖPNV, denn kapitalistische Gewinnerwartungen stehen im Widerspruch zu einer reibungslosen und fairen Versorgung aller Haushalte.

Die Städteregion braucht mehr und bessere Betriebshöfe und Verwaltungsgebäude statt Grundstücksverkäufe. In Zeiten des Klimanotstandes müssen Kommunen beim Bau mit gutem Beispiel vorangehen und bereits heute nach den Standards von morgen bauen. Dazu gehört, dass Gebäude so gebaut werden, dass Um- und Abbauten noch in Jahrzehnten möglich sind, ohne, dass Tonnen an Sondermüll anfallen.

Kommunen bilden und bieten Freiräume zur Entfaltung

Es ist beschämend, dass ein so wohlhabendes Land wie Deutschland so wenig in Bildung und Kultur investiert. Kultur- und Bildungspolitik dürfen nicht nach Kassenlage betrieben und ständig zusammengekürzt werden.

Kunst und Kultur

Kunst und Kultur sind für Die Linke ein wichtiger Bestandteil des Lebens aller Menschen. Kultur darf aber nicht als Elitenprojekt betrieben werden, sondern muss allen Menschen Teilhabe bieten können – unabhängig von ihren finanziellen Mitteln. Eine lebendige und vielfältige Kulturszene ist die Grundlage für gelebte Demokratie und das soziale Miteinander in den Städten und Gemeinden.

Die Linke tritt ein für:

- kostenfreien Zugang zu Museen und Ausstellungen.
- kostenfreie musische Förderung der Kinder von Leistungsberechtigten über das Bildungs- und Teilhabepaket und Projekte wie den Kulturrucksack hinaus



- den Erhalt öffentlicher Bibliotheken, Theater, Archive, Museen, der Volkshochschulen und Musikschulen und deren Ausstattung mit ausreichender Finanzierung
- die institutionelle Förderung von Zentren der Off- und der Soziokultur und Bereitstellung von Ausstellungs- und Proberäumen für die freie Szene
- Bereitstellung von Freiflächen für Street Art
- bezahlbare Anmietung von städtischen Räumen für private Feiern und Veranstaltungen und Projekte des bürgerschaftlichen Engagements.

Wir begrüßen die Ansätze des Aachener Stadttheaters und des Grenzlandtheaters, auch außerhalb ihrer üblichen Spielstätten Menschen allen Alters Kulturerfahrungen zu ermöglichen.

Wir wollen, dass hochwertige kostenlose Veranstaltungen wie die Internationale Chorbiennele weiterhin stattfinden können und ausreichend finanziert werden

Wir möchten mehr Räume für Kultur und Subkultur und weniger Barrieren: Durch den/die Nachtbürgermeister*in wird bereits mehr Fokus auf die freie Szene und vielfältigere Veranstaltungen gelegt, das möchten wir ausbauen und stärken, z.B. über vereinfachte Genehmigungsprozesse und Schallschutzgutachten für Veranstaltungen

Vorschulische Bildung sicherstellen

Die wesentlichen Grundlagen für den späteren Bildungserfolg werden nicht erst mit dem Eintritt in die Schule gelegt. Sprache vom Laut bis zum richtig gebildeten Satz, alle Formen kultureller Äußerung, Vorstellungen von Zahlen und Mengen, erstes Rechnen, soziale und moralische Konzepte, Biologie, Konstruktionen und physikalische Prinzipien beschäftigen Kinder schon im Kita-Alter. Die spielerische und meistens in Alltagssituationen eingebettete vorschulische Bildung in den Kindertagesstätten hat deshalb eine große Bedeutung für den weiteren Bildungsweg. Dabei können Kitas in einer hochsensiblen Entwicklungsphase helfen, die unterschiedlichen Voraussetzungen auszugleichen, die Kinder aus dem Elternhaus mitbringen. Die Linke fordert deshalb, dass die frühkindliche wie die schulische Bildung vollständig gebührenfrei wird.

Als besonders schwierig stellt sich seit Jahren die Gewinnung von qualifiziertem Fachpersonal in den Kindertageseinrichtungen dar.



In erster Linie ist es Aufgabe der Tarifparteien, hier für bessere Entlohnungs- und Versorgungsstrukturen zu sorgen. Doch auch die Politik sollte ihr Möglichstes tun, um die Personalsituation in den Kitas zu verbessern.

Schule und Bildung

Um soziale Ungleichheit zu bekämpfen, fordert die Linke ein längeres, gemeinsames Lernen im gebundenen Ganztage. Denn nur so können die Schulkinder nach ihren persönlichen Bedarfen gefördert werden. Studien zeigen regelmäßig, wie schlecht es im internationalen Vergleich abschneidet.

Denn eine umfassende Bildung fördert nicht nur die persönliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen, sondern bildet zugleich die Basis für die gesellschaftliche Teilhabe und ist Teil des Kampfes gegen soziale Ungleichheit.

Die Klassengrößen dürfen Kommunen nach der Schulgesetzänderung kommunal regeln. Hier werden unsere Kommunalvertretungen auf die gerechte Verteilung der kommunalen Klassenzahlen achten und kleine Klassen insbesondere in Grundschulen mit vielen sozial und/oder bildungsbenachteiligten Kindern einrichten.

Der für 2026 angekündigte Rechtsanspruch auf einen Platz an einer Ganztagsgrundschule birgt für die Kommunen die Herausforderung, die Kapazitäten zügig auszubauen. Zwar sind 90 % der Grundschulen in NRW offene Ganztagsschulen, aber weniger als die Hälfte der Grundschul Kinder hat einen Ganztagsplatz. Damit jedes Kind zukünftig einen Ganztagsplatz bekommt und Wartelisten der Vergangenheit angehören, sind große Anstrengungen beim ohnehin problematischen Schulbau nötig: Es braucht vielerorts Investitionen in Räume für Mittagsverpflegung und erweiterte Räume für Ganztagsangebote. Denn nur in eigenen Räumen für die OGS-Betreuung am Nachmittag können alle Schulkinder optimal gefördert werden. Das Bundesinvestitionsprogramm wird dafür nicht ausreichen.

Daher fordert die Linke auf kommunaler Ebene:

- sofortige Ausbauplanung für eine 100-%-Versorgung im Grundschulganztags,

- Ausbau der Ganztagsplätze besonders in benachteiligten Sozialräumen und enge Zusammenarbeit von Schulsozialarbeit mit den Familien.
- Suche nach neuen geeigneten Ausbaukonzepten bei Platzmangel, die Klassengrößen sind auf 15 bis max. 20 Schulkinder zu begrenzen.
- Kostenlose Hygieneprodukte in allen Schulen.

Die strukturelle Unterfinanzierung des offenen Ganztags im Primärbereich führt zu einer oft minderen Qualität der Angebote für die Schulkinder, zu Elternbeiträgen und zu prekären Arbeitsbedingungen für die Ganztagskräfte. Wir fordern stattdessen in ganz NRW den gebührenfreien gebundenen Ganztags, um die Schulkinder gezielt fördern zu können.

Solange dies nicht realisiert sind, fordert Die Linke:

- die vollständige Finanzierung der Ganztagsgarantie nach dem Konnexitätsprinzip,
- die auskömmliche Finanzierung des offenen Ganztags durch das Land NRW, auch für die Qualitätsverbesserung.

Schulsozialarbeit

Bei Schulsozialarbeit handelt es sich um ein niederschwelliges Angebot, welches leicht und jederzeit während der Schulzeit für alle erreichbar sein muss. Denn hier können die Schulkinder frei über ihre Bedürfnisse und (außer)schulischen Probleme sprechen.

Deshalb fordern wir eine volle Stelle als Minimum für jede Schule in der Städteregion. Weitere Stellen darüber hinaus sollten nach dem Sozialindex zugewiesen werden. Auch fordern wir das Land auf, sich bei den Kosten der Schulsozialarbeit zu beteiligen.

Des Weiteren wollen wir eine Neutrale Stelle für alle Schulen einrichten, an die sich Schulkinder beispielsweise bei Mobbing und Diskriminierung durch Lehrpersonal wenden können.

Mehrsprachigkeit fördern

Gerade in der Euregio als Grenzregion sind sehr viele Schulkinder natürlich mehrsprachig. Das trifft nicht nur auf neu Zugewanderte und Geflüchtete zu, sondern auch auf die Kinder und Enkel der „Gastarbeitergenerationen“ und die zahlreichen Grenzpendler*innen aus Belgien und den Niederlanden. Die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen mit familiärer Mehrsprachigkeit haben eine EU-Staatsbürgerschaft.

Kommunalvertretungen der Linken kümmern sich um die Belange aller mehrsprachigen Kinder und Jugendlichen. Durch digitale Lerngruppen können insbesondere die Förderung der „kleinen“ Sprachen auch im ländlichen Raum gefördert werden.

Aber das Kernanliegen muss der Umgang mit familiärer Mehrsprachigkeit im Regelunterricht sein, um den Bedürfnissen aller Kinder gerecht zu werden. Die Kommunen müssen das in den Blick nehmen, um das Scheitern der Kinder beim Spracherwerb und im gesamten Lernprozess zu verhindern.

Inklusion im Bildungsbereich

Wir werden eine integrierte Förderplanung einfordern, die die Unterstützung für die Betroffenen aus den verschiedenen Bereichen sicherstellt und die Organisation der verschiedenen Fördermaßnahmen nicht den Eltern aufbürdet.

Die Landesregierung ist gefordert, die Schulen so auszustatten, dass sie der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen gerecht werden können.

Ausbildungen ermöglichen

Trotz des Mangels an Fachkräften suchen viele Jugendliche vergeblich einen Ausbildungsplatz. Vor Ort finden sie zudem sehr viele und sehr unterschiedliche Beratungsangebote, die teilweise eher verwirren als helfen. Das Beratungsangebot muss sich zuvorderst an den Interessen der Jugendlichen ausrichten, nicht an Institutionen bzw. Schulformen.

Hier will linke Kommunalpolitik die kommunale Steuerung stärken: Berufskollegs, Arbeitsagentur, BiZ und kommunale Bildungsberatung sollen verknüpft werden, sodass Jugendliche einen zentralen Anlaufpunkt erhalten.

Auch setzen wir uns für den Erhalt der Berufskollegs in der Städteregion ein. Wir suchen dringend Fachkräfte für die Betreuung unserer Kinder, schränken aber gleichzeitig die Ausbildungsmöglichkeiten ein. Das ergibt doch keinen Sinn!



Weiterbildung

Wir setzen uns für eine öffentlich verantwortete und getragene Weiterbildung und einen Ausbau der Volkshochschulen als örtliche, wohnortnahe Zentren für Weiterbildung ein. Das Angebot muss alle Bildungsbereiche umfassen, wobei ein besonderes Augenmerk und eine besondere Förderung angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung auf die politische Bildung gerichtet werden muss.

Ebenfalls stehen wir hinter dem Weiterbildungskolleg der Städteregion als Akteur im Rahmen des lebenslangen Lernens. Der Erhalt der Abendschulen, um auch Werkträgigen den Raum zu schaffen, ihre Abschlüsse nachzuholen, wollen wir verteidigen.

Auch aufsuchende Ansprache- und Motivierungsformen gehören zum Aufgabenkatalog. Andere Einrichtungen und Träger sollten dieses öffentliche Angebot ergänzen, nicht ersetzen. Abwertung und Bedeutungsverlust der Weiterbildung, ihre selektierende Ausrichtung und der Stellenabbau dort müssen dringend geändert werden.

Gegen diese fortschreitende Privatisierung und Kommerzialisierung wollen wir die öffentlich geförderten und verantworteten Weiterbildungsstrukturen ausbauen und stärken. Es muss verhindert werden, dass sich die Volkshochschulen zunehmend dem Bildungsmarkt, seiner kommerziellen Ausrichtung, seinen selektiven Konkurrenzstrukturen und überwiegenden Projektfinanzierung unterwerfen müssen.

Denn viele Volkshochschulen sind Ansprechpartner für unterschiedlichste Zielgruppen, besonders auch für diejenigen, die zu „Verlierern“ am Bildungsmarkt zählen.

Im Aufbau kommunaler und regionaler Bildungsnetzwerke können Volkshochschulen eine wichtige Schnittstelle darstellen und eine flächendeckende Versorgung für alle Erwachsenen sichern.

Aber in keinem anderen Bereich des Bildungswesens wurde völlig selbstverständlich hingenommen, dass Unterrichtstätigkeit – und einiges mehr – vorrangig von Honorarkräften durchgeführt wird. Nach einem wegweisenden Urteil ist das Ende der Honorartätigkeit gekommen.

Das bedeutet für die Kommunen die Umwandlung der bisherigen ausbeuterischen Verhältnisse in feste Stellen und damit eine verlässliche und deutlich höhere Finanzierung der Erwachsenen- und Weiterbildung mit mehr festen Stellen und tariflicher Bezahlung.

Wir fordern:

- den Selbstständigen, die das bleiben möchten, ein Honorar pro Unterrichtsstunde von mindestens 45 Euro zu zahlen; der Mindestlohn nach dem Branchentarifvertrag Weiterbildung kann hier keine Anwendung finden.
- mehr Stellen für Festangestellte mit tariflicher Entlohnung nach dem TVöD zu schaffen. Die Mehrkosten sind nicht auf die Teilnehmenden abzuwälzen.
- Möglichkeiten einer effektiven und wirkungsvollen Interessenvertretung und Mitbestimmung für das Personal und die Teilnehmenden in der Weiterbildung (wieder) einzuführen.

Studierende und Hochschulen vor Ort fördern!

Die Aachener Hochschulen sind ein zentraler Kern der Städte-regionalen Bildungslandschaft. Auch wenn sie eine Einrichtung des Landes NRW ist, sind ihre Studierenden, Mitarbeiter*innen und Gebäude Teil der Region. Die Linke vernachlässigt weder die Hochschule, noch ihre Studierenden.

- Die Linke nimmt Wohnmöglichkeiten für Studierende vor Ort in den Blick und unterstützt Studierendenwerke beim Bau. Kommunaler Boden kann hierzu in Erbpacht vermietet werden, um der Wohnungsnot entgegenzuwirken.
- Die Linke lehnt sämtliche Hochschulgebühren ab. Auch die von der RWTH angedachten Gebühren für Nicht-EU-Studierende sehen wir als diskriminierend an.

Solidarisch leben

Wir wollen Städte und Gemeinden, in denen niemand zurückgelassen wird. Das bedeutet faire Chancen, gesunde Lebensbedingungen, soziale Gerechtigkeit und echte Teilhabe für alle. Wir fordern eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung, die die schwächsten Menschen unserer Gesellschaft in den Blick nimmt: Kinder, queere Menschen, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen, Rentner*innen und Erwerbslose. Sie alle erfahren Benachteiligung oder sind besonders auf Unterstützung und Schutz angewiesen. Der Zugang zu Kultur, Bildung, Mobilität und Wohnraum muss für alle möglich sein – unabhängig vom Geldbeutel.

Die Region soll ein leuchtendes Beispiel dafür werden, wie eine Transformation in den Bereichen Klima, Mobilität, Energie und Stadtentwicklung gelingen kann. Die Orte der Region sollen zu Orten werden, an denen Kinder sicher spielen, ältere Menschen in begrünten Wohnräumen verweilen und Natur als authentischer Rückzugsort erlebt wird. Durch die konsequente Verbindung von Klimaschutz, moderner Infrastruktur und umfassender Bürger*innenbeteiligung können wir den Herausforderungen des

Klimanotstandes standhalten und damit wegweisende lokale Lösungen präsentieren.

Unser Leitbild ist klar: Städte und Gemeinden, in denen wir solidarisch leben – jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen. Gemeinsam für eine soziale und lebenswerte Zukunft.





DIE LINKE.

Die Linke

wahl.dielinke-aachen.de